

Bayerisches Landesamt für Pflege  
- Ref. 12 / Vorhaltepauschale -  
Mildred-Scheel-Str. 4  
92224 Amberg

Per E-Mail [LQ-Hilfe@lfp.bayern.de](mailto:LQ-Hilfe@lfp.bayern.de)

**Antrag auf Gewährung von Vorhaltepauschalen für Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation mit Verträgen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung im Zuge der Corona-Pandemie**

1. Angaben zum Antragsteller:

Name der Einrichtung der Vorsorge und Rehabilitation	Straße, PLZ, Ort
Vertreter*in der Einrichtung / Ansprechpartner*in	Telefon / E-Mail
Rechtsform	Trägerschaft
Antragszeitraum Kalenderwoche (ggf. Zeitraum)	
Bankverbindung Name des Kreditinstituts: BIC: IBAN:	

2. Angaben zur Einrichtung

Dem Antrag sind ein Nachweis über die Anordnung durch den zuständigen Ärztlichen Leiter Krankenhauskoordination über eine Maßnahme zur Einbeziehung der Einrichtung in das akutstationäre Versorgungsgeschehen für den beantragten Zeitraum sowie eine schriftliche Bestätigung des Ärztlichen Leiters Krankenhauskoordination, dass die verpflichtete Einrichtung der Anordnung ordnungsgemäß Folge geleistet hat, beizufügen. Für den geeigneten Nachweis über die Anzahl der Belegungstage und der betriebenen Betten in 2019 sowie bzgl. der Angaben zur Berechnung des Referenzwertes und der Behandlungstage wird auf die Angaben in der Meldung für die Bundesmittel verwiesen.

3. Weitere Angaben

3.1 Wurde für den Leistungszeitraum an die Einrichtung eine Vergütung oder Ausgleichszahlung infolge der Anordnung des Ärztlichen Leiters Krankenhauskoordination oder
--

nach einem anderen (Hilfs-)Programm im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geleistet? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, wann                      , Höhe
3.2 Hat die Einrichtung als Abstrom-Einrichtung nach Nr. 3.4.3.3 der Allgemeinverfügung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege zur Bewältigung erheblicher Patientenzahlen in Krankenhäusern fungiert? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, wann Wenn ja, sind in der Anlage 3a Angaben zur Zahl der am jeweiligen Tag nach Nr. 3.4.3.3 der Allgemeinverfügung stationär aufgenommenen Personen oder hierfür freigehaltenen Plätze, der stationär behandelten Privatpatientinnen und Privatpatienten sowie der im Jahresdurchschnitt 2019 pro Tag stationär behandelten Privatpatientinnen und Privatpatienten zu machen.
3.4 Ergänzende Angaben oder Erläuterungen zum Antrag (freiwillig)

#### 4. Erklärung zur Unterzeichnung des Antrags

Mit der Unterzeichnung des Antrags durch die vertretungsberechtigte Person der Einrichtung wird versichert, dass

- die Einrichtung im Antragszeitraum durch die Allgemeinverfügungen zur Vorhaltung ihrer Kapazitäten für die akutstationäre Patientenversorgung verpflichtet waren bzw. sind, insoweit einen Leerstand zu verzeichnen hatten bzw. haben und in dem Zeitraum, in dem die Verpflichtung bestand bzw. besteht, ohne diese Verpflichtung Leistungen der Vorsorge und Rehabilitation erbracht hätten bzw. erbringen würden,
- alle Angaben vollständig und ordnungsgemäß erfolgt sind. Die Kenntnisnahme der Richtlinie und der Hinweise zu den Ausgleichszahlungen wird bestätigt.
- bekannt ist, dass fehlerhafte oder unvollständige Angaben Rückforderungsansprüche sowie bei dem Verdacht einer betrügerischen Absicht strafrechtliche Konsequenzen zur Folge haben können.

Mit der Unterzeichnung des Antrags durch die vertretungsberechtigte Person der Einrichtung wird das Einverständnis erklärt, dass alle Antragsangaben und -unterlagen

- unter Wahrung des Datenschutzes für das Bewilligungsverfahren erfasst, gespeichert und ausgewertet werden dürfen,
- auch noch nach erfolgten Ausgleichszahlungen bis zum Abschluss des gesamten Verfahrens durch das Bayerische Landesamt für Pflege kontrolliert werden dürfen sowie
- an eine andere Behörde, insbesondere an den Bayerischen Obersten Rechnungshof zum Zwecke der Überprüfung weitergegeben werden dürfen.

Stand: 04.06.2021

Ebenso wird mit Unterschrift das Einverständnis zum Prüfungsrecht des Bayerischen Obersten Rechnungshofes und seine Prüfungsämter erklärt.

Dem Antrag ist die Erklärung zur Subventionserheblichkeit der Angabe beigefügt.

---

Ort, Datum

Unterschrift Titel, Namensangabe und Stempel der Einrichtung

### Hinweise zur Antragsstellung:

Zu Nummer 1) Die Angaben dienen zu Erfassung der erforderlichen Grunddaten der antragstellenden Einrichtung.

Zu Nummer 2) Die Angaben dienen zum Verweis auf Angaben in der Meldung für die Bundesmittel bzw. bei Abweichungen zum Verweis auf entsprechende Anlagen unter Angabe von Gründen für die Abweichung.

Zu Nummer 3) Die beantragten landesrechtlichen Ausgleichszahlungen für Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation sind ausgeschlossen, wenn vorrangige Unterstützungen bspw. über die Soforthilfe Corona oder über eine vorrangige Vergütung oder Ausgleichszahlung infolge der Anordnung des Ärztlichen Leiters Krankenhauskoordination erlangt wurden bzw. werden. Außerdem kann die antragstellende Einrichtung ergänzende Erläuterungen zum Antrag angeben, wenn sie dies möchte.

Zu Nummer 4) Der Antrag ist von der für die Einrichtung vertretungsberechtigten Person zu unterzeichnen. Mit der Unterschrift wird die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben bestätigt und das Einverständnis zur Durchführung des Antragsverfahrens erteilt. Der Antrag wird als PDF-Datei zur Verfügung gestellt. Speichern Sie den Antrag nach dem Ausfüllen ab und drucken Sie ihn aus. Bitte lassen Sie dann den ausgedruckten Antrag von der vertretungs- und zeichnungsberechtigten Person der Einrichtung persönlich unterschreiben (keine eingescannte Unterschrift verwenden) und versehen Sie ihn mit einem Stempel der Einrichtung. Scannen Sie dann den so ausgefertigten Antrag ein und senden Sie ihn als pdf-Datei per E-Mail mit den weiteren Antragsunterlagen an das Bayerische Landesamt für Pflege ([LQ-Hilfe@lfp.bayern.de](mailto:LQ-Hilfe@lfp.bayern.de)).

Die Ausgleichszahlung wird nur auf Antrag der Einrichtung gewährt. Der Antrag muss spätestens bis zum 31.07.2021 beim Landesamt für Pflege eingehen. Über Ausnahmen vom Erfordernis der Einhaltung dieser Frist entscheidet das Landesamt unter Berücksichtigung der Gründe, die zu der Verzögerung geführt haben. Der Antrag soll in elektronischer Form gestellt werden. Der Antrag muss von einer autorisierten Person der Einrichtung gestellt werden, die mit ihrer Unterschrift unter den Antrag die Vollständigkeit und Korrektheit der Angaben versichern muss.

Jedem Antrag sind grundsätzlich folgende Unterlagen beizufügen:

- Angaben zur Ermittlung der bisherigen tagesbezogenen Ausgleichsbeträge ab dem 22.12.2020 (Wochenmeldungen gemäß der unter <https://www.stmgp.bayern.de/meinethemen/fuer-krankenhausbetreiber/betriebskosten/> zur Verfügung gestellten Excel Datei, Anlage 3 „Ermittlung des Ausgleichsbetrags nach § 111d Abs. 3 SGB V“). Eine gesonderte Übersendung ist nicht erforderlich, wenn die Wochenmeldungen aufgrund der beantragten Ausgleichszahlung nach § 111d SGB V bereits vorliegen.
- eine Erklärung zur Subventionserheblichkeit der Angaben.

Dem ersten Antrag ist daneben jeweils eine Kopie der Bescheide über eine etwaige gewährte Unterstützungsleistung für die von der Corona-Virus-Pandemie (SARS-CoV-2) geschädigten Unternehmen und Angehörigen Freier Berufe und über eine etwaige gewährte vorrangige Vergütung oder Ausgleichszahlung infolge der Anordnung des Ärztlichen Leiters Krankenhauskoordination beizufügen.

Das Bayerische Landesamt für Pflege kann im Bedarfsfall weitere Unterlagen zur Klärung der Ansprüche auf Ausgleichszahlungen von der Einrichtung anfordern und deren Vorlage verlangen (wie z.B. die Vorlage von Abrechnungsunterlagen, Bilanzen, Steuerbescheiden oder Bescheiden der Agentur für Arbeit). Eine hierbei fehlende oder unzureichende Mitwirkung der antragstellenden Einrichtung kann zur Ablehnung des Antrags führen.

Das Verfahren ist kostenfrei. Mit der Antragstellung und der Vorlage bzw. Übermittlung der Antragsunterlagen verbundenen Kosten sind von der antragstellenden Einrichtung zu tragen und können nicht vom Bayerischen Landesamt für Pflege erstattet werden.

Einrichtung, Standort, Straße, PLZ, Ort	Vertreterin oder Vertreter der Einrichtung
---	--

**Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen für die Gewährung von Vorhaltepauschalen für Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation mit Verträgen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung im Zuge der Corona-Pandemie**

**Erklärung zu § 264 Strafgesetzbuch (StGB)**

Ich erkläre hiermit, dass ich berechtigt bin, die Einrichtung im Antragsverfahren zu vertreten. Weiterhin erkläre ich, dass mir bekannt ist, dass

- sämtliche in diesem Antrag gemachten Angaben sowie die in den beigefügten Anlagen und Vordrucken gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB in Verbindung mit Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsgesetzes (BayStrAG) und § 2 Subventionsgesetz (SubvG) darstellen.
- sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektrisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben zur Anforderung der Ausgleichszahlung, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- die Regelungen den Ausgleichszahlungsbescheiden und die ihnen ggf. beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als Verwendungsbeschränkungen im Sinne des § 264 Abs.1 Nr. 2 StGB anzusehen sind.
- ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich
  - o dem Bayerischen Landesamt für Pflege oder einer anderen in das Verfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind.
  - o einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende.
  - o den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder
  - o in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche.

Ich versichere, dass mir die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt ist.

Mir ist bekannt, dass es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Ausgleichszahlung für die von mir vertretene Einrichtung beantragt wird oder dass die beantragte Ausgleichszahlung tatsächlich gewährt wird.

Mir ist ferner bekannt, dass ich unverzüglich alle Tatsachen mitteilen muss, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Ausgleichszahlung entgegenstehen (§ 3 SubvG in Verbindung mit Art. 1 BayStrAG), dass vorsätzliche

Stand: 04.06.2021

oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in den Angaben des Antrages die Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) und darüber hinaus noch die Rückforderung der Zuwendung zur Folge haben können.

Mir ist auch bekannt, dass subventionserhebliche Tatsachen auch solche sind, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Ausgleichszahlung (§ 4 SubvG in Verbindung mit Art. 1 BayStrAG). Für die Beurteilung ist der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich.

Die vorstehenden Erklärungen und Versicherungen zum Antragsverfahren werden durch meine Unterschrift bestätigt.

---

Ort, Datum

Unterschrift Titel, Namensangabe und Stempel der Einrichtung